

Symbolisches Mercosur-Veto

Nach der Nationalratswahl und der Bildung einer Regierung, welche die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich hat, wackelt Österreichs Nein zum Freihandelsabkommen.

Regierungssprecher Alexander Winterstein wollte erst gar keine Zweifel aufkommen lassen: Ja, das Kabinett werde das Mercosur-Abkommen auf EU-Ebene ablehnen und damit der Abstimmung der Nationalratsabgeordneten im EU-Ausschuss vom Mittwoch Folge leisten. Die Verfassung sei hier sehr klar, betonte Winterstein.

Kritiker des Abkommens der Union mit Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay sollten sich allerdings nicht zu früh freuen. Es ist nämlich unwahrscheinlich, dass die aktuelle Übergangsregierung überhaupt in die Lage kommen wird, das geforderte Veto einzulegen. Denn für den Mercosur-Vertrag gibt es erst eine Ende Juni in der EU gefundene politische Einigung. Der Text wird derzeit ausformuliert, erst ein Bruchteil ist geschrieben. Bis es zu einer Abstimmung im EU-Rat kommt, in dem dann alle Unionsländer einstimmig entscheiden müssen und Österreich sein Veto einlegen kann, dürfte es aus heutiger Sicht Mitte 2020 werden. Bis dahin gibt es in Österreich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur einen neu zusammengesetzten Nationalrat, sondern auch eine neue Regierung.

Welcher Bund in der ÖVP setzt sich durch?

Ob sich die wahrscheinliche Kanzlerpartei ÖVP dann noch an ihr überraschendes Nein im EU-Ausschuss gebunden fühlt, ist ungewiss. Behält der Mercosur-kritische Bauernbund die Oberhand oder setzt sich der Pro-Flügel des Wirtschaftsbundes doch noch durch? Der potenzielle Koalitionspartner Neos scherte bei der Abstimmung des Nationalrats als einzige Partei aus der Mercosur-Ablehnung aus.

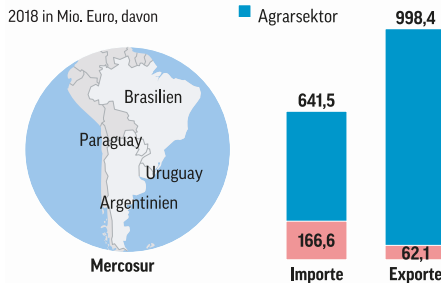
Wie bindend der Beschluss vom Mittwoch für die nächste Regierung ist, sei strittig, sagt Werner Zögernitz, früherer ÖVP-Klubdirektor und Leiter des Instituts für Parlamentarismus und Demokratieforschung. Dazu gebe es unterschiedliche Ansätze. Politisch wäre aber auch ein künftiger Minis-



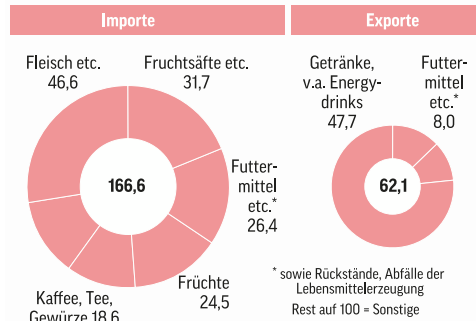
Die Waldbrände im Amazonasgebiet schrecken Staaten und Investoren auf.

Foto: reuters/Kelly

@ ° dmg ` mc dkl ls L dppn r t q Rs ` s` dm



Agrarischer Außenhandel 2018, in Mio. Euro



Grafik: apa, Quelle: WKO

WIENER ZEITUNG

Rumänin Kövesi leitet europäische Staatsanwaltschaft

Brüssel/Luxemburg. In Rumänien leitete sie die Antikorruptionsbehörde, nun soll sie an der Spitze der neuen EU-Staatsanwaltschaft stehen: Laura Kövesi wird im kommenden Jahr erste EU-Generalstaatsanwältin. Darauf einigten sich die Mitgliedstaaten bei einem Botschaftertreffen in Brüssel. 17 Vertreter von 22 Teilnehmern sprachen sich für die Kür Kövesis aus, die auch die Kandidatin des EU-Parlaments gewesen ist. Der frühere Favorit der Länder, der Franzose Jean-Francois Bohnert, übernimmt wohl die Leitung der Finanzstaatsanwaltschaft in Paris.

Der Ernennung Kövesis, die die EU-Minister noch bestätigen müssen, ist ein monatelanges Tauziehen vorangegangen. Die rumänische Regierung hatte sich heftig gegen die Bewerbung der Populistin gewehrt, die in der Zivilgesellschaft als Hoffnungsträgerin im Vorgehen gegen Korruption und Amtsmissbrauch galt. Im Vorjahr hatten die regierenden Sozialdemokraten sie als oberste Korruptionsbekämpferin abgesetzt. Von der Ernennung zur EU-Generalstaatsanwältin zeigten sie sich alles andere als begeistert.

Die europäische Staatsanwaltschaft mit Sitz in Luxemburg soll ab Ende 2020 als unabhängige EU-Strafverfolgungsbehörde bei Finanzdelikten zum Nachteil des EU-Haushalts ermitteln. Ob ihre Aufgaben ausgeweitet werden, ist noch nicht klar. Ungarn, Polen, Irland, Dänemark und Großbritannien nehmen nicht daran teil.



Korruptionsjägerin Laura Kövesi übernimmt EU-Topjob. Foto: afp

ter gut beraten, den Beschluss umzusetzen. Wenn nicht, drohe als Konsequenz allenfalls ein Misstrauensantrag. Möglich wäre aber, dass der nächste Nationalrat einen anderen Beschluss fasst.

Österreich ist mit seiner Mercosur-Kritik nicht alleine in der EU. Frankreichs Regierungssprecherin Sibeth Ndiaye sagte bereits im Juli, das Land „ist derzeit nicht bereit, das Abkommen zu ratifizieren“. Irland hat jüngst mit einem Veto gegen das Abkommen gedroht, sollte Brasilien sich nicht stärker für den Schutz des Regenwalds einsetzen.

Auch Investoren setzen Brasilien unter Druck

Angesichts der verheerenden Waldbrände im Amazonasgebiet entdecken auch immer mehr Unternehmen ihr grünes Gewissen. Zahlreiche Investoren haben die Abholzung und Brände im Amazonasgebiet aufgerufen. „Als Anleger sehen wir die Abholzung und deren Folgen für Artenvielfalt und Klima als ein systemisches Risiko für unsere Portfolios“, hieß es in einem Brief von 230 Pensionsfonds. Vermögensverwaltungsgesellschaften und Kreditinstituten – darunter die britische Großbank HSBC und das französische Kreditinstitut BNP Paribas.

Das Tauziehen um den Vertrag zeigt gleichzeitig die Schwierigkeiten, die die EU beim Abschluss solcher Abkommen immer wieder hat. Zum einen ziehen sich die Verhandlungen meist über Jahre. Zum anderen sind etliche Akteure daran beteiligt: Selbst wenn die EU-Kommission das Mandat für die Gespräche hat, müssen der Vereinbarung sowohl die Mitgliedstaaten als auch das EU-Parlament zustimmen. Und auch die nationalen Abgeordnetenhäuser sind eingebunden. Dass dabei einzelne Fraktionen eine Hürde darstellen können, wurde am Beispiel des Abkommens mit Kanada deutlich. Wegen des Einspruchs aus der Region Wallonie hatte Belgien Ceta zunächst nicht mittragen können. (apa/dpa/red)

Van der Bellen lanciert Klima-Initiative

Gemeinsam mit 32 Staats- und Regierungschefs fordert der Bundespräsident Taten ein.

Wien/New York. Vor dem UNO-Klimagipfel am kommenden Montag in New York fordert Bundespräsident Alexander Van der Bellen nicht nur „rasche und mutige Schritte“ im Kampf gegen die Klimakrise. Wie schon im Vorfeld der Weltklimakonferenz im polnischen Kattowitz hat das Staatsoberhaupt auch diesmal eine eigene Initiative für mehr Klimaschutz lanciert, die 32 Staats- und Regierungschefs aus vier Kontinenten unterstützen.

In einer gemeinsamen Erklärung richteten sie – darunter Frank-Walter Steinmeier aus Deutschland, Sergio Mattarella aus Italien und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron – einen „globalen Aufruf“ an die internationale Staatengemeinschaft. Diese „und alle Finanzinstitutionen“ werden in dem Schreiben aufge-

fordert, „Investments auf das Erreichen der langfristigen Ziele des Pariser Klimaabkommens auszurichten und Investitionen so rasch als möglich aus der fossilen Wirtschaft abzuziehen“.

„Die Bewältigung der Klimakrise ist eine Jahrhundertaufgabe“, erklärte der österreichische Bundespräsident am Donnerstag, „Wenn wir weitermachen wie bisher, wird aus der Klimakrise eine Klimakatastrophe, die die Lebensqualität für uns Menschen auf diesem Planeten drastisch verschlechtern wird.“

Laut Van der Bellen ist es aber noch nicht zu spät. „Wir wissen, was zu tun ist und wie wir es tun können“, betonte der Bundespräsident. „Wir müssen klimaneutral werden, also aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas aufsteigen.“

Van der Bellen wird am Freitag gemeinsam mit Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein und Umweltministerin Maria Patek zur UNO-Generalsammlung aufbrechen. In New York wird er am Wochenende gemeinsam mit der Salzburger „Fridays For Future-Aktivistin“ Anika Dafernt am Jugend-Klimagipfel teilnehmen.

Klimaproteste am Freitag

Schon für Freitag hat „Fridays For Future“ erneut zu einer großen Protestaktion aufgerufen. So sind österreichweit in zahlreichen Städten und Gemeinden Kundgebungen geplant, in vielen anderen Ländern wollen die Schüler ebenfalls auf die Straße gehen. In New York will Greta Thunberg, die 16-jährige Initiatorin der mittlerweile globalen Jugendbewegung, die Demonstrationen anführen. ■

Verkehrswende mit Prämien und Strafen

Deutsche Regierung stellt am Freitag das Klimapaket vor.

Berlin. Im Kampf gegen den Klimawandel will die deutsche Regierung eine Verkehrswende mit Strafzahlungen und Förderung erzwingen. Dabei sind sowohl höhere Kaufprämien für E-Autos als auch indirekte Strafzahlungen über die Kfz-Steuer und die Lkw-Maut in Planung, wie ein 209-seitiges Papier für das umfassende Klimakonzept der Regierung zeigt, das der Nachrichtenagentur Reuters vorlag. Während Spritschlucker über die Kfz-Steuer mehr belastet würden, sollen im Gegenzug günstigere E-Autos unter 30.000 Euro mit bis zu 6000 Euro Prämie gefördert werden.

Die Spitzen der Koalition aus CDU, CSU und SPD wollten am Donnerstagabend zusammenkom-

men, um das Paket abschließend zu beraten. Beschlossen und vorgestellt werden soll es dann am Freitag.

Mit den Beschlüssen des Klimakabinetts am Freitag will die Regierung ihre Klimaziele für das Jahr 2030 noch erreichen. Vorgehen ist eine Kürzung des CO₂-Ausstoßes von 55 Prozent im Vergleich zu 1990. Derzeit sind aber nur knapp 30 Prozent geschafft. Viele Punkte des Maßnahmenpakets waren am Donnerstag allerdings noch offen beziehungsweise umstritten wie etwa die Art und Weise der CO₂-Bepreisung und das Kapitel Flugverkehr. Ebenso wenig Klarheit herrschte über die Kosten der zahlreichen Förderprogramme. ■